

Thomas Thiesmann, Die Linke

### **Haushaltsrede 2013**

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Am 02. Juli hat die Verwaltung den Doppelhaushalt 2014/2015 in den Rat eingebracht und dieses mit pragmatischen Überlegungen begründet.

Da im Mai 2014 ein neuer Rat gewählt werde, sei die Zeit für die Beratung eines eigenständigen Haushaltes 2015 durch die neu gewählten Ratsmitglieder zu kurz.

Abgesehen davon, dass damit einem neuen Rat politische Unfähigkeit unterstellt wird, ist dies aus unserer Sicht kein ernsthaftes Argument.

Haushaltskonsolidierungen, Kommunal- und andere Wahlen stehen immer wieder an und können daher keine Begründung sein.

Darüber hinaus ist die Aufstellung eines Doppelhaushaltes auch aus sachlichen Gründen nicht vertretbar.

Bereits eine Prognose für nur ein Jahr ist sehr schwierig, da geplante und gelebte Wirklichkeit sehr oft weit auseinander liegen.

Wirtschaftsdaten, Schlüsselzuweisungen, Steuereinnahmen und Zinssätze schwanken von Jahr zu Jahr, so dass eine transparente Darstellung in einem Doppelhaushalt kaum möglich ist.

Allein die Einbringung eines Doppelhaushaltes wäre also schon ein Grund, diesen Haushaltsentwurfes abzulehnen.

Aber der vorliegende Entwurf weist natürlich auch inhaltlich in die falsche Richtung.

Er ist nichts anderes als die Fortsetzung der unausgewogenen und unsozialen Haushalte der vergangenen beiden Jahre.

Auch dieser Entwurf suggeriert, dass durch die Vernichtung von Infrastruktur und massive Kürzungen ein maßgeblicher Beitrag für eine Haushaltskonsolidierung geleistet wird.

Dies ist aber nichts anderes als ein riesiges Haushaltsmärchen, denn jeder hier im Haus weiß ganz genau, dass noch nie ein Haushalt über die Ausgabenseite saniert worden ist.

Trotz aller Streichungen und Kürzungen zu Lasten derjenigen, die nachweislich überhaupt nichts für die Schulden unserer Stadt können und trotz der „Stärkungspaktmittel“ haben wir es auch in den letzten wirtschaftlich erfolgreichen Jahren, in dem die Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen für uns nur so sprudelten, nicht geschafft, unseren Haushalt auszugleichen, geschweige denn unsere Schulden zu reduzieren.

Machen wir also Schluss mit dieser Märchenstunde!

Was soll denn erst noch passieren, wenn sich die Einnahmesituation wieder verschlechtert, das letzte öffentliche Gebäude geschlossen ist und die letzten freiwilligen Leistungen eingestellt sind?

Wo bleibt die Nachhaltigkeit dieser Haushaltsbeschlüsse?

Wer bezahlt denn im Jahre 2021, wenn der sogenannte „Stärkungspakt“ ausläuft, den Wiederaufbau unserer zerfallenen Infrastruktur und die Reparatur der Folgen von vielen prekären Lebenssituationen.

Deshalb appellieren wir hier an alle Ratsvertreter, nicht nur gemeinsam festzustellen und zu beklagen, wie sehr wir unter den fehlenden finanziellen Mitteln leiden.

Schicken sie auch keine Schuldzuweisungen an den Kreis, denn auch er kann sich nur durch Erhöhungen der Kreisumlage gegen seine eigene chronische Unterfinanzierung wehren.

Machen sie stattdessen bitte Druck auf ihre Kollegen im Land und im Bund, die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen zu korrigieren und die Einnahmenseite zu reformieren, denn unser finanzieller Bedarf wird in Zukunft eher größer werden, wenn wir zum Beispiel an unsere große Aufgabe der Inklusion oder an unser Klimaanpassungskonzept denken.

Sie werden sicher verstehen, dass ich als fraktionsloses Mitglied aus Zeitgründen den vorgelegten Haushaltsentwurf nicht Punkt für Punkt durcharbeiten kann.

Das erspart ihnen allerdings jetzt auch die Arbeit, über Dutzende von Änderungsanträgen abstimmen zu müssen, die ich eigentlich formulieren müsste, um aus diesem Haushalt einen einigermaßen sozial gerechten Entwurf zu machen.

Ein paar wenige Worte sind an dieser Stelle zu einzelnen Punkten aber doch notwendig.

Die Leitlinie für einen zustimmungsfähigen Haushalt muss immer die Qualität der Dienstleistungen, der Erhalt der Infrastruktur, der Erhalt von Erwerbsarbeit und die soziale Balance sein.

Aber wo sind diese Leitlinien in diesem Haushaltsentwurf erkennbar?

Unser größter Stadtteil Lendringsen verliert weiter seine öffentliche Infrastruktur.

Nach dem Naturbad, der Grundschule, dem Bürgerbüro und der Bücherei schließt demnächst auch die Realschule.

Mit ihr werden auch die Sporthallen nur schwer zu halten sein.

Lendringsen droht zu einem unattraktiven Wohn- und Lebensstandort zu werden.

Die eingeführten Hallennutzungsgebühren belasten unsere Vereine und Verbände und führen sie in existenzielle Notlagen.

Die Schließung von Sport- und Freizeitstätten, wie zum Beispiel das Schulschwimmbecken in Böisperde führt zu einer weiteren Angebotsverarmung in unserer Stadt.

Unsere Stadtteiltreffs werden ihren Namen nicht mehr gerecht, weil sie finanziell und personell ausgeblutet, ihre Arbeit nicht mehr leisten können.

Spielplätze zerfallen, die Sozialarbeit wird gekürzt, am erzieherischen Jugendschutz wird gespart.

Dabei wissen wir doch alle, dass zum Beispiel ein Schulpsychologe oder ein Sozialarbeiter aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht gewinnbringend ist.

Volkswirtschaftlich gesehen sind sie aber vernünftig, denn eine gute Präventionspolitik vermeidet Ausgaben und Reparaturkosten.

Doch ein umfassendes Armutspräventionsprogramm fehlt.

Wo werden wir hier unserem Ziel, eine familienfreundliche Stadt zu werden, denn noch gerecht?

Die beste Willkommenskultur nützt nichts, wenn wir den Menschen in unserer Stadt nichts zu bieten haben!

Unsere Stadt hat hier auch eine soziale Verantwortung, denn öffentliche Daseinsvorsorge ist mehr als Abwasser und Müllentsorgung!

Zum Schluss ist mir ein Satz unseres Kämmerers im letzten Haupt- und Finanzausschuss in Erinnerung geblieben.

Er sprach davon, dass er die Sorge habe, die Belastungen, die unsere Bürger für unseren Haushalt produzieren, vielleicht irgendwann nicht mehr kompensieren zu können.

Diese vielleicht etwas gedankenlos formulierte Äußerung zeigt aber den vollkommen falschen Ansatz dieses Haushaltsentwurfs recht deutlich.

Nicht unsere Bürgerinnen und Bürger produzieren mit ihren Rechten und Bedürfnissen Belastungen für die Stadt und ihren Haushalt.

Es sind die Verwaltung und eine politische Ratsmehrheit in diesem Haus, die mit diesem Doppelhaushalt Belastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger produzieren.

Aus diesem Grund lehnt die Linke heute diesen Haushaltsentwurf ab!

